

Im Rahmen des Bayerischen Anwenderforums erhielt das Gesundheitsamt Bamberg den Award in der Kategorie Kommune. Prämiert wurde die mit dem Unternehmen HiSolutions entwickelte Digitalisierungsstrategie – als „herausragendes Projekt der digitalen Transformation“, wie es seitens der Jury heißt.

„Corona war eindeutig der Grund, der bei uns die Digitalisierung voranbrachte.“

Dr. Susanne Nick, Leiterin des Fachbereichs Gesundheitswesen im Landratsamt Bamberg

Eine Wertschätzung, die die Preisträgerinnen und Preisträger natürlich freut und die Mühen entlohnt: „Wir hatten als komplettes Team die vergangenen Jahre viel Energie und Zeit in die Entwicklung der Digitalisierungsstrategie und die Umsetzung der ersten Projekte gesteckt“, blickt *Dr. Susanne Nick*, Leiterin des Fachbereichs Gesundheitswesen im Landratsamt Bamberg, zurück. Das Lenkungsteam habe zudem „versucht, immer möglichst alle Mitarbeitenden mit

Corona als Chance

Wie ein Gesundheitsamt aus der Krise Digitalisierung machte

(BS/cb) Im bayerischen Bamberg läuft die Digitalisierung mitunter ausgezeichnet – buchstäblich. Das dortige Gesundheitsamt hat den Bavarian Best Practice Award 2025 gewonnen. Ein Preis, der vor allem zeigt: Wenn es in schwierigen Lagen schnell gehen muss, kann es das auch.

einzubeziehen. Dass wir den Preis gerade für die Gemeinschaftsleistung erhalten haben, macht uns stolz und bestärkt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“

Pakt für den ÖGD lieferte Mittel
Dabei habe es vor wenigen Jahren noch ganz anders ausgesehen. Auch im Gesundheitswesen sei die etablierte Kommunikation mittels Post oder Fax passiert, erklärt *Nick*. Dies habe viele Medienbrüche zur Folge gehabt, gemeldete oder angefragte Daten hätten händisch in die Fachanwendung übertragen werden müssen – „dies kostete Zeit und war zum Teil auch fehleranfällig bei der Übertragung“, so die Fachbereichsleiterin. Die Initialzündung zur Digitalisierung sei dann gezwungenermaßen gekommen: „Corona war eindeutig der Grund, der bei uns die Digitalisierung voranbrachte.“
In kürzester Zeit habe das Amt einen „immensen Personalaufwuchs“ erlebt, zugleich seien die Mitarbeitenden „mit Erregermeldungen in bislang unbekannter

Menge konfrontiert“ worden. Digitale Lösungen seien daher notwendig gewesen, um die Arbeitsabläufe weiterhin überhaupt möglich zu machen, so *Nick*.
Allerdings: keine Digitalisierung ohne Digitalisierungsbudget. Durch den damals zeitgleich angelaufenen „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ (ÖGD), der bundesweit allein für Digitalisierung 800 Millionen Euro bereitstellte, seien die benötigten Mittel verfügbar gewesen. Homeoffice, Videokonferenzen sowie die rein digitale Bearbeitung



der Infektionsmeldungen konnten dadurch eingerichtet werden.

Kleines Team, große Wirkung
Die Erfahrungen im Bamberger Gesundheitsamt zeigen auch, dass bei effektiven Digitalstrategien nicht unbedingt großer Personalaufwand vonnöten ist: „Wir waren ein sehr gut abgestimmtes Team von insgesamt drei Personen, die innerhalb des Gesundheitsamtes die Digitalisierung betreut und vorangetrieben haben.“ Durch den „Pakt für den ÖGD“ habe zudem HiSolutions als externer Digitalisierungspartner beauftragt werden können.
Best Practices in der Verwaltung sind kein Selbstzweck, sondern prädestiniert zur Nachnutzung. Verwaltungsleistungen wie der digitale Aufenthaltstitel aus Brandenburg oder die Wohnsitzanmeldung

aus Hamburg werden mittlerweile länderübergreifend genutzt. Im Gesundheitsamt Bamberg geht es eher um die Gesamtstrategie als um konkrete Einzellösungen, weshalb Nachnutzungsanfragen wie bei den genannten Beispielen nicht zu erwarten sind. Dennoch gebe es bislang „vereinzelt Nachfragen von anderen Ämtern nach einzelnen genutzten Produkten oder unserer Digitalisierungsstrategie“, berichtet *Nick*. Sie werde zudem oft in regelmäßig stattfindende Treffen auf Regierungsbezirks- oder bayerischer Ebene eingebunden, um die erarbeiteten digitalen Lösungen vorzustellen.

Schnittstelle für E-Akte
Das Ende eines Best Practices ist der Beginn des nächsten. Aktuell habe sich das Gesundheitsamt Bamberg an die Telematik-Infrastruktur angebunden. Dadurch soll ein Prozess, der die Abläufe im Amt regelt, etabliert werden. Als Nächstes stehe der Zusammenschluss mit einem digitalen Großprojekt im Gesundheitswesen an: die Einführung der digitalen Akte (E-Akte), die „mit einer direkten Schnittstelle aus unserer Fachanwendung bedient werden soll“, blickt *Nick* voraus.

Von BASF zu FIT-Connect

Automatisierte Emissionsmessberichterstattung

(BS/Dr. Eva-Charlotte Proll) Im Fokus einer schnellen und nutzerorientierten Digitalisierung steht meistens der Bürger als Kunde. Für Unternehmen bietet sich jedoch ein echter wirtschaftlicher Mehrwert durch vollautomatisierte Prozesse. Als größtes deutsches Chemieunternehmen muss BASF über zahlreiche Emissionen berichten. Unter Anpassung der ERP-Systeme von SAP erarbeiten BASF und FITKO eine gemeinsame Lösung für FIT-Connect. Der „Kooperationsraum für Verwaltungsmodernisierung in föderalen Strukturen“ der Metropolregion Rhein-Neckar ist hierfür das Reallabor der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Von Vollautomatisierung ist noch längst keine Rede, aber der Forderung nach branchenorientiertem E-Government und Prozessbeschleunigung kommt nun das Anwendungsszenario der Emissionsberichterstattung für Unternehmen nach: Durch den Maschine-zu-Maschine-Datenfluss mithilfe von FIT-Connect, die Automatisierung und das Vermeiden von Medienbrüchen soll der Erfüllungsaufwand für Unternehmen und Verwaltung signifikant reduziert werden.

Unternehmensdaten sollen direkt an kommunale und staatliche Schnittstellen angebunden werden, sodass umweltrechtliche Berichtsdaten, die bereits in den ERP-Systemen der Unternehmen vorliegen, automatisiert generiert und regelmäßig ins rheinland-pfälzische Umweltministerium übermittelt werden können.

Dr. Holger Penning, Gruppenleiter Genehmigungen, Datenmanagement und Digitalisierung bei der BASF, erhofft sich von dem Projekt „echte Effizienzgewinne“, die ihm unternehmensseitig die Berichterstattung leichter machen und vielleicht sogar einmal voll abnehmen.

In der ersten von sechs Phasen, der Projektdefinition, stoßen die Beteiligten, neben BASF auch die SAP als ein weiterer DAX-Konzern, mit der beteiligten Verwaltungsseite immer wieder auf die Frage, welche der erhobenen Daten tatsächlich übertragen werden müssen. Aber durch die Vorteile, die sich aus branchenorientiertem E-Government ergäben, und die Übertragbarkeit auf andere Berichterstattungspflichten, z. B. bei regelmäßig wiederkehrenden Datenübertragungen, entstehe ein großer Hebel.

Das Projekt adressiert auch die Themen Datensouveränität und cloudbasierte Dienste, die mit der

Delos Cloud abgebildet werden können. Es fußt auf einem Beschluss des Lenkungskreises des „Kooperationsraums für Verwaltungsmodernisierung in föderalen Strukturen“ der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN). Nicht nur als Initiator bietet die MRN einen Umsetzungsraum für die Anbindung von Unternehmensszenarien mit FIT-Connect, sondern sie stimmt die Interessen auch innerhalb dieses ersten konkreten Unternehmensszenarios zwischen FITKO, BASF, SAP und den beteiligten Behörden und Unternehmen ab. Sie knüpft dabei an die Idee an, die bereits in der Online-Emissionsmessberichterstattung mit EMBE-Online zur Datenbeschleunigung angewandt wird. Neu ist nun erstmalig die Beteiligung von zwei Großkonzernen, die sich eine „Win-win-win-Situation“ erhoffen, wie *Ana-Maria Stefan*, Chief Revenue Officer bei SAP, konstatiert.

Neben der Kritik, was besser gehen könnte und was alles noch im Rahmen des Projektes anzustreben sei, wie z. B. eine Anbindung an das Unternehmenskonto, ist auch *Stefan* überzeugt, mit dem Projekt unternehmensseitig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern zu können.

Letztlich prüft die MRN, ob bei ähnlich parametrisierten Berichterstattungspflichten wie in der stationären Pflege oder in anderen Bereichen wie der Fachkräfteeinwanderung durch eine Kollaboration der kommunalen Ausländerbehörden vergleichbare Szenarien in Frage kommen.

Das Fazit in jeglichen dieser Fälle werde aber sein, dass Digitalisierung und Entbürokratisierung Hand in Hand gingen, betont der zuständige Bereichsleiter für Digitalisierung und E-Government in der MRN, *Thomas Wieland*.

Über kurz oder Lang

Bündeln statt Basteln

Eine Kolumne von Christina Lang

In der öffentlichen Verwaltung gibt es zwei Arten von Fragen: die schnellen und die hartnäckigen. Die schnellen drehen sich um kurze Abstimmungen, Fachfragen oder Fristen: Dinge, die sich oft innerhalb der eigenen Zuständigkeit verbessern lassen. Die hartnäckigen hingegen gehen ans Grundsätzliche: Wie arbeiten wir eigentlich zusammen? Wer macht was? Wo braucht es die Kommunen, wo die Länder und wo den Bund? Genau diese Fragen entscheiden darüber, ob wir den Staat endlich digital fit bekommen. Deshalb geht es heute um einen Ansatz, der Begeisterung und Bauchgrummeln zugleich auslösen kann: Bündelung.

Föderalismus ist ein Gewinn

Unser Föderalismus ist ein demokratischer Schatz: Er sichert Vielfalt, schützt vor Machtkonzentration, schafft Nähe zu den Menschen und berücksichtigt regionale Besonderheiten. Doch dieser Vorteil kann zur Last werden, wenn jede Ebene ihre digitalen Herausforderungen grundsätzlich eigenständig lösen muss. Aktuell tragen Länder und Kommunen die Hauptverantwortung für die Digitalisierung zentraler Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. An vielen Orten ist die Belastung zu hoch. Finanzieller Spielraum und Fachkräfte fehlen. Trotzdem müssen die notwendigen Investitionen

gestemmt werden. Hinzu stehen vielerorts komplexe rechtliche, technische und organisatorische Hürden im Weg.
Die Folgen kennen Sie aus dem Arbeitsalltag: Unterschiedliche Zugänge zu derselben Leistung, Medienbrüche im Vollzug, aufwendige Nachweise, die Bürgerinnen und Bürger frustrieren. Die Verwaltung wird trotz „digital“ nicht spürbar entlastet. Im Gegenteil: Der Frust wächst – auf beiden Seiten.

Wir müssen bündeln und modularisieren

Nehmen wir beispielsweise das Elterngeld, eine der Fokusleistungen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes. Der Status quo? Vier verschiedene Online-Dienste, fünf Fachverfahren und am Ende für die Antragstellenden trotzdem noch Papier. Wir müssen ehrlich sein: Die bisherigen Bestrebungen – ein Land entwickelt, andere nutzen diese Lösung nach – treffen in der Praxis oft auf große rechtliche und technische Hürden. Digitalisierung bleibt so ineffizient, teuer und unnötig kompliziert.

Wir unterstützen deshalb die Forderung nach Bündelung und Modularisierung: Die großen, wiederkehrenden Aufgaben prozessual vereinheitlichen, einmal sauber digital bauen und dann überall nutzbar machen: skalierbare Komponenten statt paralleler Eigenentwicklungen. Ein souveräner, interoperabler Deutschland-Stack kann hier die zentrale Infrastruktur und wiederverwendbare Komponenten liefern. Darunter fallen sichere Cloud-Dienste, standardisierte Schnittstellen und vor allem skalierbare Antragsmodule. Länder und Kommunen können diese in ihre bestehenden Fachverfahren integrieren und sich auf die Schaffung der erforderlichen Schnittstellen konzentrieren, statt

alles selbst entwickeln oder teuer einkaufen zu müssen.

Der Bund sollte daher Entlastung schaffen, wo bundeseinheitliche Lösungen möglich sind. Er übernimmt die Verantwortung für Basiskomponenten und ermöglicht den Ländern, mit eigenen Verfahren effizient darauf aufzubauen.

Kommen wir nochmal zurück zum Beispiel Elterngeld. Ein wichtiger Bestandteil des Elterngeldes ist die Einkommensprüfung. Warum nicht eine automatisierte Einkommensprüfung zentral für Länder, Kommunen und Fachverfahren bereitstellen, wie es u. a. der Nationale Normenkontrollrat bereits vorgeschlagen hat? Ein solches Modul ließe sich um die Einkommensbestandteile weiterer Leistungen erweitern und könnte so auch an anderer Stelle entlasten. Außerdem könnte es dabei helfen, den Einkommensbegriff auf rechtlicher Ebene zu harmonisieren und zu vereinfachen. Ein Modul mit Multiplikatoreffekt.

Bündeln heißt: entlasten, nicht befehlen

Bündelung bedeutet nicht, dass Berlin alles vorgibt. Bündelung bedeutet: Der Bund übernimmt Verantwortung für eine zentrale Bereitstellung von Basiskomponenten. Das nimmt Last von den Schultern derjenigen, die vor Ort für die Menschen arbeiten. Dafür kann es auch heute schon im verfassungsrechtlichen Rahmen Möglichkeiten geben.

Ein digitaler Staat wird nicht dadurch real, dass wir überall dezentral Software entwickeln. Er wird sichtbar, wenn die Menschen sagen: Endlich geht es einfach. Und wenn die Kolleginnen und Kollegen im Vollzug merken: Durch die Entlastung bleibt endlich wieder Zeit für die Menschen, die uns wirklich brauchen.



Christina Lang ist Chief Executive Officer (CEO) des DigitalService.
Foto: BS/DigitalService